

Der Kampf um den Sonntag

Zwei Zitate aus dem „Vorwärts“ sollen den Blick auf den Kampf um den freien Sonntag im 19. Jahrhundert eröffnen.

„Der Reichstag beschäftigte sich vom 04. bis incl. den 09. Mai in äußerst langen – und wären die Sozialdemokraten nicht gewesen – in äußerst trockenen Sitzungen mit der trockenen Materie der Gewerbegesetzgebung, die trotz ihrer Trockenheit doch besonders für die Arbeiter von wesentlichem Interesse ist . . . Dieser Paragraph (§ 105, F.H.) handelt von dem Verbot der Sonntagsarbeit“. Der Abgeordnete Most führte in den Beratungen aus: „Der technologische Entwicklungsprozeß, der in der ununterbrochenen Erfindung neuer menschenparender Maschinen zu Tage trete, drücke die Löhne so herunter, daß der Arbeiter genötigt sei, durch Überstundenarbeit den Unterhalt für seine Familie zu erschwingen.“ (Vorwärts Nr. 56, 1878).

„Aus diesen Gründen haben die ‚Frommen‘ in Norddeutschland in öffentlichen Volksversammlungen die Initiative ergriffen zu einer neuen Erörterung der Sonntagsfrage in ihrer sozialen Bedeutung . . . Der Sonntag sei der Tag der Menschheit – und damit gibt der Redner zu, daß es Klassen gibt, deren Wochentagsdasein eben kein menschenwürdiges ist. Daß ihnen auch der Sonntag nicht gehört, ist ja eben die Klage“. (Nr. 27, 1877)

Zwei Gruppierungen sind es, die der Entwicklung der Arbeitszeit im 19. Jahrhundert kritisch gegenüberstehen: die Arbeiter und die „Frommen“.

Der in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts begonnene Kampf um den arbeitsfreien Sonntag wird 1891 vorläufig mit einem neuen Arbeiterschutzgesetz als Novelle zur Gewerbeordnung abgeschlossen. Die Einführung eines neuen „Arbeitszeitgesetzes“ bringt eine qualitative Änderung der bisherigen Gewerbeordnung. Diese schließt Sonntagsarbeit aus ökonomischen Gründen aus.

Unter dem Vorwand des „Gemeinwohles“ wird Ende der 80er Jahre unseres Jahrhunderts ein vor nahezu einhundert Jahren errungener sozialer Fortschritt rückgängig gemacht. Aus diesem Grund möchte ich auf die Geschichte hinweisen, die zum Verbot von Sonntagsarbeit geführt hat. In dieser Zusammenfassung kann ich nur auf das Wichtigste eingehen¹. Im 19. Jahrhundert ist vor 1820 selten mehr als elf bis zwölf Stunden gearbeitet worden, der Arbeitstag richtete sich nach dem Sonnenlicht, nach Sommer und Winter. Ab 1820 expandiert die Arbeitszeit und steigt auf vierzehn Stunden. Zwischen 1830 und 1860 wird vierzehn bis sechzehn Stunden gearbeitet, manchmal sogar ohne Pause, so daß man faktisch auf einen siebzehn oder achtzehn Stundentag, wie z.B. in der Textilindustrie, kommt. Das Interesse der Kapitaleigner und Fabrikbesitzer orientiert sich an langen Laufzeiten der Maschinen, da diese durch den technischen Fortschritt schnell überholt gewesen sind und lange Laufzeiten ihre Rentabilität garantiert haben.

Die Arbeitszeit der Menschen wird nicht mehr der Kraft und den Möglichkeiten der arbeitenden Menschen angepaßt, sondern orientiert sich an den Kosten für die Maschinen und deren Amortisierung. Dieser Umorientierung fällt auch der Sonntag zum Opfer. Der gewohnte Rhythmus von Arbeit und Ruhe schwindet aus Bewußtsein und Gefühl.

Die Situation im ausgehenden 20. Jahrhundert unterscheidet sich an diesem Punkt nicht allzusehr von der des 19. Jahrhunderts. Heute haben wir zwar mehr Freizeit, aber genauso wenig Ruhezeit.

In den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts formieren sich die Kräfte, die den Kampf um einen arbeitsfreien Sonntag gegen Ende des Jahrhunderts zu einem erfolgreichen Abschluß geführt haben; es sind neben Vertretern der großen Kirche in erster Linie Politiker und Funktionäre der Arbeiterbewegung. Drei wichtige Argumente spielen in dieser Zeit eine Rolle: Erstens gibt es positive Erfahrungen mit einer absoluten Sonntagsruhe in England. Zweitens ist es wegen der Sonntagsruhe weder in England noch in den Vereinigten Staaten zu einer Verringerung der Löhne gekommen. Drittens wird die Notwendigkeit der Sonntagsruhe für die psychische und physische Gesundheit der arbeitenden Menschen, für ihre geistige und moralische Verfaßtheit betont. Wichtig ist viertens der Gesichtspunkt der Fortbildung an freien Tagen und fünftens wird auf die positiven Auswirkungen auf das Familienleben hingewiesen.

Die negativen Folgen industrieller Arbeit lassen die Notwendigkeit eines gleichmäßigen Rhythmus von Arbeit und Ruhe immer deutlicher werden. Trotz einer lebhaften öffentlichen Diskussion kommt es in dieser Phase zu keiner Verringerung der Arbeitszeit. Zeitlich versetzt zu der Steigerung der Arbeitszeiten wächst aber die Organisation der arbeitenden Klasse in Arbeitervereinen. In *der* Zeit, in der ihnen die freie Zeit, die Ruhezeit also ausgeht, bringen Arbeiter noch Zeit auf, sich zu organisieren. Die Sieben-Tage-Woche mit einem Arbeitstag bis zu siebzehn Stunden nötigt häufig zu einer Schlafstätte in der Fabrik, da der Fußweg bis zur Fabrik zu lang ist.

Der Höhepunkt in der Länge der Arbeitszeiten war in den 50er Jahren. Mit der Formierung der Arbeiterbewegung

in den 60er Jahren geht die Modernisierung vieler Maschinen einher, die extensive Arbeit nicht mehr zulassen, so daß neben der Grenze, die durch die Möglichkeit menschlicher Arbeitskraft gesetzt ist, es auch zu einer Zäsur in der industriellen Entwicklung kommt. Dennoch bleibt es in vielen Gewerbebezweigen bei den überlangen Arbeitszeiten. Der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und andere sozialdemokratische Abgeordnete im norddeutschen Reichstag kämpfen für eine Einschränkung der Wochenarbeitszeit durch ein Verbot der Sonntagsarbeit und die Festlegung einer Maximalarbeitszeit. Dieses Engagement für einen arbeitsfreien Sonntag ist in den kirchlichen Publikationen, die die Sonntagsruhe als wichtige gesellschaftliche Aufgabe begreifen, positiv kommentiert worden. In einer maßgeblichen kirchlichen Stellungnahme wird die sonntägliche Arbeitsruhe als ein staatsbürgerliches Recht definiert.

1885 beschließt der Reichstag eine Untersuchung über den Umfang der Sonntagsarbeit. Die vom Reichsamt des Inneren zusammengestellten „Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeit an Sonn- und Festtagen“ sind aufgrund ihres Umfanges nur begrenzt auswertbar; als Ergebnis jedoch läßt sich festhalten, daß Sonntagsarbeit in 83% aller Betriebe vorgekommen ist und 77% aller Arbeitnehmer betroffen gewesen sind. Nach dem Abschied Otto von Bismarcks, der sich immer wieder gegen ein Verbot der Sonntagsarbeit gesperrt hat, wird die Regelung der Wochenarbeitszeit als eine Aufgabe des Staates begriffen. Auf Grund dieser Änderung der Sozialpolitik kommt es zur Novellierung der Gewerbeordnung mit jenem § 105, der festlegt, daß „Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen“.²

Auch wenn es in den nahezu einhundert vergangenen Jahren zu einer Fülle von Ausnahmeregelungen gekommen ist, sowohl aus technischen als auch aus versteckten wirtschaft-

lichen Gründen, die reichsgesetzlichen Ausführungsverordnungen also schon immer die strikte Anwendung des Gesetzes torpediert haben, so ist die erzielte Effektivität der Gewerbeordnung erst in den 80er Jahren unseres Jahrhunderts nahezu außer Kraft gesetzt worden. Die Argumente, die sowohl im Vorfeld als auch in den weiteren Jahrzehnten immer wieder eine Rolle gespielt haben, gelten auch heute wieder als Begründung für die Aufhebung jenes § 105: Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, zu großer Verdienstaufschlag für die Arbeitenden (heute wird von der Möglichkeit, verstärkt Arbeitslose einzustellen, gesprochen) und die Unfähigkeit vieler Menschen, vor allem der Arbeiter, von ihrer Freizeit Gebrauch zu machen. Vor allem das Argument, daß viele Menschen unfähig seien, von ihrer Freizeit Gebrauch zu machen, spielt in unserer Konsumgesellschaft eine verstärkte Rolle.

Nach Abschluß der Gesetzgebung kommt es Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zu Auseinandersetzungen um die Verkürzung des Normalarbeitstages und um die Reduzierung der Samstagsarbeit.

In einer Zeit, in der bereits wieder jeder 3. Beschäftigte am Samstag arbeiten muß, wird es interessant sein, das kirchliche und das gewerkschaftliche Engagement für einen arbeitsfreien Samstag (oder Samstagnachmittag) zu analysieren. Sowohl der Kampf um den freien Sonntag als auch die darauf folgenden Auseinandersetzungen um den freien Samstagnachmittag sind ein deutlicher geschichtlicher Hinweis darauf, daß der Kampf um andere Arbeitszeiten heute nicht so halbherzig geführt werden darf, wie das bisher geschieht. Die Gewerkschaften und die Kirchen sollten aus ihrer Geschichte lernen können, sonst sehe ich eine 35-Stunden-Woche auf unsere Gesellschaft zukommen, die auf sieben Tage und sieben Nächte verteilt wird. Arbeitsbereiche im Öffentlichen Dienst und in der Diakonie weisen Arbeitszeiten auf, die die Rede

von der Notwendigkeit eines regelmäßigen Rhythmus von Arbeit und Ruhe nur noch absurd erscheinen lassen. Eine solche Art der Arbeitszeitverkürzung wird in der Zeit der 3. industriellen Revolution leicht durch die wachsende Rationalisierung aufgefangen und schafft letztlich nicht einmal zusätzliche Arbeitsplätze. Es kann also nur darum gehen, die Arbeitszeitdiskussionen im Hinblick auf einen regelmäßigen Rhythmus von Arbeit und Ruhe so zu führen, daß die gesamtgesellschaftliche Erwerbsarbeitszeit in der Weise verteilt werden muß, daß der Gesellschaft ein weitgehend gemeinsamer arbeitsfreier Tag erhalten bleibt, die Mitglieder einer Gruppe oder Familie in der Teilung von Erwerbsarbeit und Schattenarbeit genügend gemeinsame freie Zeit und Ruhezeit haben.

Die Gegenargumente gegen ein solches mit der Arbeitszeitverkürzung verbundenes Ziel kennen wir von Otto von Bismarck, dem „Schlotjunker“ Stumm und anderen aus dem 19. Jahrhundert:

1. Die ausländische Konkurrenz nimmt uns die Aufträge fort — wir sind mit solchen Arbeitszeiten nicht konkurrenzfähig.
2. Wir gehen mit unserer Produktion ins Ausland — heute nennt man das Kapitalabfluß.
3. Die Maschinen sind nicht ausgelastet.
4. Die Arbeitslosigkeit wird steigen.

Zu 1.: Nach der Novellierung der Gewerbeordnung kam es nicht zu dem befürchteten Einbruch, im Gegenteil, der Aufschwung ist ohne kürzere Arbeitszeiten nicht denkbar gewesen. Sowohl die gesamtwirtschaftliche Situation damals als auch die heutige in der Bundesrepublik Deutschland entlarven solche Argumente.

Zu 2.: Auch hier ist die geschichtliche Entwicklung im vergangenen Jahrhundert eine andere gewesen. Ebenso wie damals das Deutsche Reich ist auch heute der Industriestandort BRD viel zu attraktiv, als das nennenswert Kapital abfließen wird.

Zu 3.: Die Konservativen des 19. Jahrhunderts, die im Protestantismus oder in der katholischen Soziallehre und in beiden großen Kirchen verankert waren, wußten noch: die Maschinen sind um des Menschen willen da, nicht der Mensch um der Maschinen willen. Die Anpassung des Menschen an die Maschine ist im ausgehenden 20. Jahrhundert noch menschenunwürdiger geworden. Wenn ein Unternehmer in diesem Zusammenhang heute formuliert: „Das Jahr hat 365 Tage, und jeder Tag hat 24 Stunden. Das gibt für uns die maximale Nutzungsdauer des investierten Kapitals. Da wollen wir hin.“³, dann weist demgegenüber das gemeinsame gewerkschaftliche und kirchliche Erbe auf die Würde des arbeitenden Menschen hin, zu der die *zweckfreie Ruhe* unabdingbar gehört.

Zu 4.: Die Arbeitslosigkeit ist im 19. Jahrhundert nicht gestiegen, im Gegenteil, sie lag erheblich unter unseren offiziellen oder tatsächlichen Arbeitslosenzahlen. Eine gleichmäßige Verteilung von Erwerbsarbeit mit mehr freier Zeit für alle mag für den einzelnen Betrieb nicht attraktiv oder zum Teil auch gefährlich sein, volkswirtschaftlich sieht hier die Rechnung anders aus. An diesem Punkt wäre über die psychische und physische Gesundheit der arbeitenden und der nicht-erwerbsarbeitenden Bevölkerung zu sprechen. In kirchlichen Kreisen wird gerade an diesem Punkt unter anderem das Sabbatjahr in Analogie zum Sonntag diskutiert: Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer wird jedes 7. Jahr bei Arbeitsplatzgarantie und (geminderter) Lohnfortzahlung freigestellt. Hier sind durchaus noch andere Dinge vorstellbar. Die physische und psychische Destabilisierung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung, der wachsende Konsum von Alkohol, Psychopharmaka, Video und TV weisen auf eine ernstzunehmende Krise hin. Nicht nur der Kirche muß es um die leibliche und seelische Gesundheit der Menschen gehen, auch die Gewerkschaften können nicht akzeptieren, daß die

Menschen unserer Gesellschaft immer ruheloser und seelisch immer mehr destabilisiert werden.

Bereits vor vielen Jahren hat Jürgen Habermas auf die Illusion hingewiesen, daß die Freizeit, wie wir sie bisher als Ausgleich zur Arbeit kannten, hier Abhilfe schaffen kann. Der Umfang der Freizeit und unser Freizeitverhalten sind weitgehend vom Entwicklungsstand und der konkreten Gestalt der industriellen Arbeit bestimmt. Habermas weist darauf hin, daß Freizeit sich in hohem Maße unserem Belieben entzieht, sich zwar als Privatsache darstellt, aber eigentlich nur bestimmte Funktionen für die Arbeitszeit übernimmt. Er weist auf drei Funktionen hin: Zum ersten ist da die Funktion der Regeneration. Vor allem in körperlich anstrengenden Berufen ist es notwendig, daß die Arbeitnehmer sich physisch erholen können, um ihre Arbeitskraft zu reproduzieren.

Zum zweiten kommt es in der Freizeit zu verschiedenen anderen Formen von Arbeit, die die mit der Berufsarbeit verbundene Fremdbestimmung suspendiert. Dies gilt sowohl für Schwarzarbeit, für caritative Aufgaben, für kommunale Ämter, für Arbeit in Kirchengemeinden und Vereinen und für vielerlei Nebenarbeiten nach der Devise „Do it yourself“. In all diesen Arbeiten versucht der Arbeitende die Sinnerfüllung zu finden, die ihm in seiner Erwerbsarbeit nicht gelingt.

Als drittes wird in der Freizeit ein Verhalten eingeübt, das von der mit der Berufsarbeit verbundenen Fremdbestimmung, Abstraktheit und Unverhältnismäßigkeit befreit oder befreien und die Anschaulichkeit und Ausgeglichenheit wiederbringen soll.

Bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß die Freizeit, wie wir sie weithin kennen, unter dem gesellschaftlichen Diktat der Arbeit steht. Darüber hinaus ist selbst diese Freizeit in einem immer größeren Maße derart zersplittert, daß bereits heute

3,85 Millionen Menschen am Sonntag und 7 Millionen Menschen (jede/r Dritte!) am Samstag arbeiten müssen.

Es geht also heute mehr denn je darum, einerseits arbeits-freie im positiven Sinne arbeits-lose Zeiten zu behaupten und andererseits, diese Zeiten auch wirklich als arbeits-frei, als arbeits-los zu gestalten.

Zur Behauptung arbeitsfreier Zeiten gehört unabdingbar der Sonntag. Das Ziel der Gewerbeordnung von 1891/92 war, möglichst wenig Ausnahmen bei dem Verbot der Sonntagsarbeit um der gesellschaftlichen und familiären Gemeinsamkeit willen zu gestatten. Der Kampf um das Verbot war immer verbunden mit einer generellen Diskussion um die Arbeitszeit, war verbunden mit dem Normalarbeitstag und der Wochenarbeitszeit.

Zum anderen ist aus der Analyse der gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen auf die Konsequenzen des bisherigen Umgangs mit zersplitterter freier Zeit hinzuweisen. Es geht darum, daß ein weiterer Zugriff auf unsere Zeit verhindert werden muß, ebenso wie ein weiterer Zugriff auf die Natur verhindert werden muß: Zeit darf nicht zur völligen Disposition stehen. Die Kirchen wissen durch ihre christliche Tradition um die Notwendigkeit eines regelmäßigen Rhythmus von Arbeit und Ruhe, um die Notwendigkeit von Ruhezeit. Die Gewerkschaften wissen aus ihrer Tradition, daß der Zugriff auf die Zeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, der hinter der völligen Flexibilisierung der Arbeitszeit steht, Diebstahl von Lebenszeit ist.

Die Frage der Arbeitszeit und damit die Frage der Sonntagsarbeit ist *ein* wichtiger Schlüssel zu der Frage, wie unsere Gesellschaft, nicht nur in der BRD, sondern in Europa und der Einen Welt in Zukunft aussehen soll.

Anmerkungen

- ¹ Ich verweise auf meine Darstellung mit ausführlichen Quellenangaben: Friedrich Heckmann, Arbeitszeit und Sonntagsruhe. Stellungnahmen zur Sonntagsarbeit als Beitrag kirchlicher Sozialkritik im 19. Jahrhundert, Essen 1986; und: ders., Der Kampf um den freien Sonntag im 19. Jahrhundert, in: Das Ende gemeinsamer Zeit? Risiken neuer Arbeitszeitgestaltung und Öffnungszeiten, hg. v. Hartmut Przybylski u. Jürgen P. Rinderspacher, Bochum 1988.
- ² Vgl. Gewerbeordnung 1983, § 105b, Abs. 1.
- ³ „Das Samstagssyndrom“, in: Die Wirtschaftswoche, Düsseldorf, 5/1987, S. 42.